

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 14.01.2010 um 17.30 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffer 4)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos (für Stadträtin Dr. Endres-Paul)
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Bauamtsleiter Janner
Amtsrat Teichmann (Ziffer 1)
Stadtplaner Neumann (bis Ziffer 2)
Frau Noormann (bis Ziffer 3)
Dipl. – Ing. Richter (bis Ziffer 5)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat Heisel

Frau Schlötter
Stadtrat Popp
Stadtrat Steinruck

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Dr. Endres-Paul
Bürgermeisterin Regan

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Sonderlandeplatz Kitzingen hier: Gründung eines Betriebs

A. Oberbürgermeister Müller verweist zunächst auf den Antrag von 2. Bürgermeister Christof.

2. Bürgermeister Christof geht ausführlich auf seinen Antrag auf Absetzung der Entscheidung zum Sonderlandeplatz, bis alle fehlenden Unterlagen vorgelegt und alle erforderlichen Informationen gegeben werden konnten, ein. Dabei verweist er vor allem auf Aussagen zum Kaufpreis, der fehlenden Veranschlagung des Kaufes im Haushalt sowie die Investitions- und Unterhaltskosten. Ihm widerstrebe es mit diesem Beschluss dem Oberbürgermeister einen Vorratsbeschluss ohne grundlegende Daten zu erteilen. Darüber hinaus gibt er zu Bedenken, ob der Betrieb eines Sonderlandeplatzes zu den Aufgaben einer Kommune im Sinne der Daseinsvorsorge gehöre.

Oberrechtsrätin Schmöger stellt dar, dass die Gründung der Betriebsform die Voraussetzung für das weitere Genehmigungsverfahren sei. Im Folgenden geht sie auf die Unterschiede zwischen dem Regiebetrieb (Abwicklung im Städtischen Haushalt, Finanzausschuss/Stadtrat als Entscheidungsträger, keine Bilanzpflicht) sowie einer GmbH ein und stellt die Voraussetzungen in der Gründung einer GmbH unter Beachtung der Daseinsvorsorge dar und erklärt, dass die Stadt nicht das ausschließliche Ziel der Gewinnerzielung verfolgen dürfe.

Oberbürgermeister Müller macht deutlich, dass der Beschluss kein Vorratsbeschluss für die Verwaltung darstelle, sondern es auch die Voraussetzung für die anstehenden Verhandlungen mit dem Luftsportclub sei. Die Verwaltung werde zunächst einen Regiebetrieb gründen, nachdem gegenwärtig keine Partner für eine GmbH feststehen, welcher ohne Weiteres in eine GmbH umgewandelt werden könnte. Bei einer zu gründenden GmbH würde die Stadt die Mehrheit der Anteile innehaben.

Auf die Bedenken hin, dass der Stadtrat bei einem späteren Betrieb kein Mitspracherecht habe, macht Oberbürgermeister Müller deutlich, dass bei einem Regiebetrieb die Entscheidungen im Rahmen des Finanzausschusses bzw. Stadtrates getroffen werden. Hinsichtlich des weiteren Vorgehens u. a. der Kaufsverhandlungen mit der BIMA erklärt er, dass mit diesem Beschluss nicht der Kauf abgedeckt sei, sondern die endgültige Inbetriebnahme von einem positiven Grundstücksgeschäft abhängt.

Hinsichtlich der im Haushalt veranschlagten Kosten weist Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer darauf hin, dass für Investitionen 400.000,00 € und für den laufenden Betrieb jährlich 50.000,00 € eingestellt seien. Dabei habe er die von der Firma CDM ermittelten Kosten in Höhe von 230.000,00 € für die Investitionen und in Höhe von 24.000,00 € für den Betrieb sicherheitshalber angepasst.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Flugplatz, worauf Oberbürgermeister Müller zunächst bittet über den Antrag von 2. Bürgermeister Christof auf Absetzung des Tagesordnungspunktes abzustimmen.

B. **Mit 3 : 9 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, dem Antrag von 2. Bürgermeister Christof auf Absetzung der Entscheidung zum Thema „Flugplatz“ zu folgen.

C. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde und bittet um Beschlussfassung des Beschlussentwurfs.

D. Mit 9 : 3 Stimmen

Auf der Basis des Stadtrats-Beschlusses vom 21.2.2008 besteht mit folgenden Eckdaten Einverständnis:

1. a) Vorerst wird zum Betrieb eines Sonderlandeplatzes ein kommunaler Regiebetrieb gegründet.
1. b) Die Gründung des Regiebetriebs ist jedoch zunächst solange aufzuschieben, bis der Erwerbspreis und die weiteren Kaufkonditionen (bzw. Pachtbedingungen) für die Betriebsfläche (Landeplan und Nebenflächen) von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben bekanntgegeben und durch den Stadtrat beschlossen worden sind.
1. c) Der Betrieb soll den Namen „Betrieb Flugplatz Kitzingen“ tragen.
- 2.) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Luftsportclub Kitzingen e. V. (LSC) den Entwurf einer Betriebsvereinbarung zu erstellen und anschließend dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. BGV-Nr. 20/09

Antrag auf Baugenehmigung

Sortimentserweiterung: Ergänzung der vorhandenen Sortimente Drogerie und Schreibwaren um das Sortiment Multimedia, Siegfried-Wilke-Straße 4, Antragsteller: Müller Ltd. & Co. KG, Ulm

A. Stadtplaner Neumann geht kurz auf die Vorgeschichte (Ablehnung im Finanzausschuss, anschließende Gespräche mit dem Oberbürgermeister, Fa. Müller wolle ursprünglich den Antrag zurücknehmen) sowie die formelle Notwendigkeit, den Antrag im Stadtrat zu behandeln, ein. Aufgrund der bestehenden Veränderungssperre könne die Verwaltung dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat Schmidt gibt zu Bedenken, dass nach Ablauf der Veränderungssperre die Fa. Müller den Antrag erneut stellen könnte und die Stadt keine handhabe hätte, den Antrag erneut abzulehnen.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass man zum Einen die Veränderungssperre erneut verlängern könnte, was jedoch einer detaillierten Begründung bedürfe. Zum Anderen wurde im Bauplanungsrecht im Zuge der jüngsten Novellierung des BauGB ein Instrument geschaffen, womit die Umsetzung eines Bebauungsplan und somit das integrieren des Zentrenkonzeptes bis zum Jahresende möglich wäre. Hierzu werde man in Kürze eine Vorlage an den Stadtrat geben.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Antrag sowie über das Vorgehen im Bereich der Siegfried-Wilke-Straße.

B. Mit 7 : 5 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat erteilt keine Ausnahme von der im Bereich des Vorhabens geltenden Veränderungssperre und lehnt den Bauantrag ab.

3. Haushaltsüberschreitung

Ohne Abstimmung

Es wird davon Kenntnis genommen, dass für das Rechnungsjahr 2009 eine Haushaltsüberschreitung bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VwHh:</u> 2122 7110	Hauptschule Siedlung; Zuweisungen f. lfd. Zwecke an das Land	0,00 €	15.000,00 €
<u>VmHh:</u> 6335 9320	Gewerbegebiet Großlangheimer Straße Nord; bisher bereitgestellt: somit insgesamt:	0,00 €	220,00 € <u>14.172,00 €</u> <u>14.392,00 €</u>

genehmigt wurde.

Die Deckung erfolgte für HSt. 2122 7110 durch Ausgabeneinsparungen bei HSt. 9121 8050 - Zinsen an Sparkasse und für HSt. 6335 9320 durch Ausgabeneinsparungen bei HSt. 8800 9320 - Grundstücksverkehr; unbebaute Grundstücke.

4. Neugestaltung der Mainpromenade Kitzingen, BA II;

hier: Auftragsvergabe der Tief- und Landschaftsbauarbeiten nach VOB, Teil A
(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

Mit 11 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wurde Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Tief- und Landschaftsbauarbeiten wird, auf Grundlage des Angebotes vom 04.12.2009, an die Fa. Garten- und Landschaftsgestaltung Heinisch GmbH, als wirtschaftlich günstigste Bieterin mit einer Auftragssumme in Höhe von 1.054.257,58 € incl. 19 % MWSt. sowie 4 % Nachlass, vergeben.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, ein entsprechendes Auftragsschreiben zu unterzeichnen.

5. Herstellung und Unterhalt der Kanalhausanschlüsse im Jahre 2010;

hier: Zuschlagserteilung für die Bauarbeiten gemäß Jahres-Leistungsverzeichnis

Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wurde Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Bauarbeiten wird, auf der Grundlage des Angebotes vom 21.12.2009, an die Firma Rank Bauunternehmen GmbH, als wirtschaftlich günstigste

Bieterin mit einer Auftragssumme in Höhe von 98.250,54 € incl. 19 % MwSt. sowie 2 % Nachlass, vergeben.

3. Zur Deckung der Ausgaben incl. Bauverwaltungskosten werden im Haushalt 2010, bei der Haushaltsstelle 1.7000.9563, die Mittel in Höhe von 100.000,00 € bereitgestellt.
4. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, ein entsprechendes Auftragschreiben zu unterzeichnen.

6. Weihnachtsmarkt 2010 ff.: Information vom Gespräch mit dem Stadtmarketing-Verein:

Oberbürgermeister Müller verweist auf das stattgefundene Gespräch mit dem Stadtmarketingverein in Sachen Weihnachtsmarkt und auf folgendes Ergebnis

- Durchführung des Weihnachtsmarktes 2010 - 2012
- Bereitstellung der Plätze und der Rathaushalle
- Aufbau von Lauben und Hütten
- Bereitstellung von Christbäumen
- Reinigung
- Bereitstellung einer kleinen Bühne (Podest)
- Aufstellen der Werbetafeln
- Bereitstellung der Stromanschlüsse sowie der Verbräuche
- Erlass von Genehmigungsgebühren und Sondernutzungen
- gestaffelte Übernahme des Defizites (2010: 5.000,00 €, 2011: 3.000,00 €, 2012: 2.000,00 €)

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass die Strombezugskosten nicht übernommen werden sollten, nachdem die ehem. Betreiber diese und andere Kosten (Rathaushalle, Bauhof) ebenfalls haben übernehmen müssen.

In folgender kurzen Diskussion wird mehrheitlich die Tragbarkeit der o. g. Vereinbarung darstellt.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass der Beschluss in der Stadtratssitzung am 21.01.2010 erfolgen werde.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 19.40 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer